

Gerhard Zwerenz

Wir brauchen eine kopernikanische Wende

Gespräch über den Golfkrieg, die Zukunft des Nahen Ostens und die Friedensbewegung.*

Gerhard Zwerenz, geb. 1925 in Gablonz/Sachsen, Studium der Psychologie in Leipzig, ist seit 1956 freier Schriftsteller. Wegen oppositioneller Publikationen wurde er aus der DDR ausgewiesen und lebte ab 1957 in Westdeutschland.

Frage: War der Krieg am Golf notwendig?

Antwort: Ich halte Krieg überhaupt nicht für notwendig.

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 21. Februar 1991 in Schmitten/Ts.

Hätte es denn eine andere Möglichkeit gegeben, die schwierige Situation am Golf zu klären?

Es gibt für jede zugespitzte Situation zwei Möglichkeiten: Man kann sie friedlich oder mit Krieg klären.

Und welche Möglichkeit hätten Sie gesehen, die Situation am Golf friedlich zu klären?

Ich will dazu eine Geschichte erzählen: Wenn ein Krieg gerade vorüber ist und alles in Trümmern liegt, dann baut man als erstes in den zertrümmerten Städten das Theater auf und spielt Lessings „Nathan der Weise“, das große Stück der religiösen und menschlichen Toleranz. Und dann wird kräftig applaudiert. Und kaum ist der Applaus verklungen, ertönen die ersten Forderungen nach Aufrüstung. Darauf sagt der Pazifist: „Rüstet nicht auf, das führt zum Krieg!“ Doch die Menschen hören nicht auf den Pazifisten und rüsten auf, und es kommt ein neuer Krieg. Dann fragt man den Pazifisten: „Was sollen wir jetzt tun?“ Da kann der Pazifist nur antworten: „Ihr hättet nach dem letzten Krieg nicht wieder aufrüsten dürfen“. Das ist meine Antwort.

Der Krieg am Golf wird mit Waffen geführt, die zum Teil aus Deutschland stammen. Läßt sich hieraus eine moralische Verpflichtung Deutschlands zur Beteiligung am Golf-Krieg ableiten?

Ich habe kürzlich in einem Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gelesen, daß dessen Autor sich vorstellen könnte, daß deutsche Tornados die Gasfabriken im Irak bombardieren. Wenn die Phantasie dort so wuchert, dann kann ich mir vorstellen, daß deutsche Tornados auch diejenigen Betriebe in der Bundesrepublik bombardieren könnten, in denen die Gasrüstung für den Irak ausgedacht und hergestellt worden ist.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sind die Giftgasexporte in den Irak eine fast unerträgliche Vorstellung. Wie erklären Sie sich, daß dies dennoch möglich war?

Ich will nicht nur vom Gas sprechen - das ist ein Symbol für den Bogen vom Holocaust zur Gegenwart. Ich will stattdessen allgemein von der Rüstungsproduktion sprechen und vom Rüstungsexport. Ich habe einfach einmal willkürlich in mein ungeordnetes Archiv gegriffen und habe dabei Dutzende von Aufklärungs- und Aufdeckungsartikeln gefunden, aus verschiedenen Medien und von unterschiedlichen Autoren. Ich bin dabei auf zahlreiche Artikel von

SPD-Abgeordneten wie Norbert Gansel, von den Grünen, aber auch von Schriftstellern wie zum Beispiel Jürgen Roth und auch mir gestoßen, die gegen die gefährlichen, kriegsbringenden Rüstungsexporte angeschrieben haben. Aber in diesem Lande werden solche Dinge systematisch überhört. Verantwortlich sind nicht wir, die wir uns beizeiten zu Wort gemeldet haben, und genauso wenig ist es die Friedensbewegung - verantwortlich sind die Politiker, die frühzeitig davon gewußt haben, die es geleugnet haben, und die diese Rüstungsexporte dennoch weiterhin ermöglicht haben. Der größte Skandal aber ist, daß jene, die verantwortlich dafür sind, daß diese Gefahren für Israel entstanden sind, nun Treuherzigkeit heuchelnd mit dem Finger auf uns zeigen als wären wir die Kriegsverbrecher, obwohl sie selbst die Kriminellen sind.

Für Israel ist die Differenzierung zwischen moralisch sauberer Friedensbewegung und alleinschuldigen Waffenexporteuren und Politikern offenbar nicht ohne weiteres nachvollziehbar: Bedarf Israel nicht uneingeschränkter deutscher Solidarität und auch deutscher Unterstützung bei der Abwehr von möglichen Giftgasangriffen?

Deutsche haben eine Verantwortung gegenüber Israel, aber es gibt eine Grenze: Ich kann einer israelischen Politik nicht beipflichten, die dazu führt, daß Israel als Volk ein

anderes Volk unterdrückt. Die Unterdrückung der Palästinenser führt auf die Dauer zu eskalierenden Konfliktsituationen. Ich halte es beispielsweise für sehr bedenklich, daß kürzlich ein Rechtsextremist als Minister in das israelische Kabinett aufgenommen worden ist. Wir haben genug mit unseren eigenen Rechtsextremisten zu tun — ich kann mich nicht noch mit anderen Rechtsextremisten in anderen Regierungen auf die Ebene einer Solidarität und Loyalität begeben. Und genauso wie wir, die älteren Deutschen, die das Dritte Reich noch erlebt haben, eine besondere Verantwortung für Israel haben, muß ich natürlich auch sehen, daß wir mitschuldig sind an der Unterdrückung, die die Palästinenser durch Israel erfahren haben. Das ist eben auch eine Spätfolge des Dritten Reiches, und ich weiß deshalb nicht, wie ich mich hier verhalten soll: Ich gerate offenbar an die Grenzen meiner möglichen Solidarität und Loyalität gegenüber Israel, auch wenn wir versuchen müssen, wenigstens den überlebenden Holocaust-Opfern und den in Deutschland verbliebenen Juden gegenüber Solidarität zu zeigen. Israel muß mit den Arabern reden - einen anderen Weg sehe ich nicht. Alles andere führt nur zu weiteren Kriegen. Wir brauchen eine Kopernikanische Wende.

War das Palästinenser-Problem tatsächlich ursächlich für den Krieg?

Der Ursachenknoten für den Golfkrieg lag, trotz der Verwicklung mit dem Palästinenser-Problem, anderswo, und zwar in der ungelösten Konfliktsituation zwischen Industriemächten und früheren Kolonien. Hinzu kommt der Zusammenbruch des Sozialismus, der auch den humanistischen Kern des Sozialismus betrifft, so daß das Denken vielfach statisch geworden ist und nicht mehr Befreiungskategorien zugrundelegt. Letztlich handelt es sich beim Golf-Krieg - und es ist schändlich von Enzensberger, daß er das kriegshetzerisch zugedeckt hat - eben auch um ein Phänomen der längst überfälligen, aber weiterhin verhinderten Befreiung von Ländern der „Dritten Welt“.

Im Golf-Krieg geht es auch um Öl, den Schmierstoff der westlichen Industriegesellschaften. Verteidigen die USA in diesem Krieg auch unsere Lebensart, in dem sie dafür sorgen, daß das Öl zu möglichst günstigen Preisen verfügbar bleibt?

Wenn wir dieses Modell durchdenken - und es spricht ja zunächst sehr viel dafür, daß es so ist -, dann muß ich als erstes einwenden, daß es keinen Sinn macht, wegen Kuwait einen Krieg zu beginnen. Denn ob Saddam Hussein über die Ölquellen von Kuwait verfügte, ob dadurch der Ölpreis etwas stiege, wäre ja nicht die Überlebensfrage für den industrialisierten Westen und Norden. Zweifellos stecken andere Ängste dahinter: Denn wenn es einem Saddam Hussein gelingen sollte, die Araber in einem großen Reich zusammenzuführen, dann wären unsere

sämtlichen bisherigen Überlegungen hinfällig. Strategisch denken wir in den Kategorien von Großmächten. Die Supermacht Sowjetunion ist zwar abgesunken, aber es gibt Japan, es gibt den asiatischen Raum und den indischen Subkontinent, der in Zukunft aufsteigen wird. Und dann ist da diese drohende Großmacht Arabien, die dem westlichen Politdenken offensichtlich so unangenehm ist, daß man dagegen kriegerisch vorgeht. Wir denken eben in geopolitischen Machtkategorien.

Wenn ein arabisches Großreich über seine Bodenschätze frei verfügen könnte, hätte das nicht auch unmittelbare Folgen für das auf dem Öl basierende Leben der Industriegesellschaften?

Zunächst einmal müssen wir akzeptieren, daß es ein durchaus legitimer Anspruch der Araber ist, über ihre eigenen Bodenschätze selbst zu bestimmen. Wenn wir ihnen das streitig machen, sind wir Industriemachtchauvinisten, die kriegerisch wie alte Kolonialmächte ihre Herrschaftsansprüche durchsetzen. Wenn wir aber akzeptieren, daß die Araber einen Anspruch auf ihr eigenes Land und ihre Bodenschätze besitzen, dann könnte dies - wären wir so humanistisch, so human, so friedlich, wie wir eigentlich vor-

geben zu sein - für uns ja nur Anlaß sein zur Entwicklung eines Plans, wie wir in Übereinstimmung mit den Öl-erforderländern unseren in der Tat viel zu großen Energieverbrauch zeitlich programmgemäß reduzieren. Dies ist möglich, die Bundesrepublik ist dabei technisch sogar am weitesten fortgeschritten. Hier scheint mir also der eigentliche Konfliktherd zu liegen: Wenn all die Energie und die Intelligenz, das viele Geld, das man eigentlich gar nicht hat, sondern zusammenpumpen muß, wenn man das alles in eine vernünftige Energiepolitik stecken würde, gäbe es auch keinen Kriegsgrund.

Wenn die Verfügung der Menschen, die dort leben, über die Bodenschätze und andere Güter gewährleistet sein soll, stellt sich zugleich die Frage, ob irgendwelche Emire oder Diktatoren legitimiert sind, die Verfügungsgewalt auszuüben. Müßten diese Regime dann nicht durch demokratisch legitimierte Regierungen ersetzt werden?

Der Islam führt in seinen jetzigen Ausprägungen offensichtlich zur Herausbildung von monolithischen Staatsstrukturen. Das betrifft nicht nur die traditionellen, ausgesprochen reaktionären Monarchien, sondern auch jene arabischen Staaten, die sich eine sozialistische Staatsordnung gegeben haben, aber durch die Anbindung an die Sowjetunion zu realsozialistischen Diktaturen verkommen sind. Nun hat der Westen gerade kräftig mitgeholfen, die realsozialistischen Diktaturen im Osten aufzubrechen und zu demokratisieren. Weshalb sollen wir jetzt Demokratisierungsarbeit nicht auch für den arabischen Raum fordern? Weshalb paktieren wir stattdessen fortwährend mit der einen Diktatur gegen die andere, wobei wir ständig unsere Bündnispflicht gegenüber ganz bestimmten Diktaturen hervorheben und die anderen zum Teufel erklären, um uns anschließend wieder mit den Teufeln gegen die, die wir vorübergehend zu unseren Freunden erklärt hatten, zu verbünden. Dies ist der Kannibalismus unserer Industriegesellschaften. Erst wenn wir uns dies klagemacht haben und wenn wir den wichtigsten Konfliktpartner - und dies ist in der Tat leider die USA - zur Selbstbesinnung bringen könnten, wenn wir etwas weniger offiziell beten würden und etwas genauer nachdenken würden und dabei so moralisch wären, wie wir angeben zu sein, dann würden wir merken, daß der Islam gar nicht so demokratiefeindlich ist, wie er unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse immer wieder werden muß.

Aufgrund der militärischen Konfrontation am Golf wächst in vielen islamischen Ländern die Gefahr einer Militärdiktatur. Wie ist dieser Prozeß umzukehren, um einer Politik, für die Sie plädieren, eine Chance zu geben?

Der Druck auf den arabischen Raum hat bereits in den zurückliegenden Jahren zu einer

Verhärtung der jeweiligen Diktaturen geführt. Im Prinzip unterscheidet sich Saudi-Arabien in nichts von Syrien. Die Folter, die Strafen sind in Saudi-Arabien genauso entsetzlich, hier gibt es sogar noch die Kreuzigung - und das sind unsere Freunde, mit denen wir für Freiheit und Demokratie kämpfen. Wenn man mehr Selbstbestimmung im arabischen Raum erreichen will, muß man versuchen, den Druck von außen wegzunehmen. Vor allem muß der Westen dem Eindruck entgegenwirken, daß die Muslims insgesamt als Anhänger einer Religion zu den systematisch Unterdrückten des industriellen Nordens und des Christentums gehören.

Europa hat im Golf-Krieg keine eindrucksvolle Rolle gespielt, obwohl es nicht nur geographisch dem Nahen Osten auf viele Weise näher ist als etwa die Vereinigten Staaten. Sehen Sie darin einen Mangel oder bietet das eher eine Chance für eine stärkere Verantwortung Europas bei der Suche nach einer Nachkriegsordnung am Golf?

Ich fürchte, daß der Krieg sehr viel mehr Porzellan zerschlagen hat, als wir in Jahrzehnten kitten können. Dennoch stehen wir in Europa, als Christen oder als Atheisten, dem Islam und den Arabern insgesamt sehr viel näher als wir uns bisher klargemacht

haben. Zwischen den Europäern und den Arabern sind bis ins Maghrebinische und den indischen Subkontinent hinein die Verhältnisse so, daß wir eine enge Partnerschaft entwickeln könnten. Allerdings müßten wir bereit sein, mit den Waffenexporten aufzuhören. Dabei geht es dann allerdings um die Grundsatzfrage, ob man Waffenexporte überhaupt verhindern kann, solange man Waffen produziert.

Die intellektuelle Linke der Bundesrepublik ist wegen ihrer kritischen Einstellung gegenüber Israel und wegen ihres angeblichen „Antiamerikanismus“ angegriffen worden. Ist das anfängliche Schweigen der Linken zum Golf-Krieg ein Zeichen der Schwäche?

Ich kann eigentlich nichts über die Situation der intellektuellen Linken der Bundesrepublik sagen. Ich kenne die Pro-Kriegs-Partei, die sich aus Biermann, Enzensberger und einigen anderen zusammensetzt, und ich halte deren Vorwürfe für grundsätzlich falsch. Es ist indirekt eine Entlastung des deutschen Nazismus, wenn andere zu Hitlern ernannt werden und wenn die unterdrückten, ausgebeuteten Länder der Dritten Welt als die zukünftigen Nazis und Weltvernichter dargestellt werden. Im übrigen glaube ich, daß deutsche oder europäische Intellektuelle, wenn sie eine Aufgabe versäumt haben, dann die, nicht rechtzeitig weit und tief genug nachgedacht zu haben, etwa über Osteuropa, über Mitteleuropa und die angrenzenden Gebiete, wie zum Beispiel den arabischen Raum, über die asiatischen und afrikanischen Dritte-Welt-Länder. Ich glaube, daß dies unsere eigentlichen Verantwortungsgebiete sind. Ich weiß nicht, ob wir uns einen Gefallen damit getan haben, uns so intensiv in die NATO zu begeben. Mit einer verständlichen Nähe und Liebe zur westlichen Demokratie haben wir zugleich auch die Blickrichtung der Franzosen und der Engländer übernommen, die viel zu sehr ihrer kolonialen Vergangenheit verhaftet sind. Wenn wir lernen würden, über diese veralteten Strukturen hinwegzudenken, würden wir sehen, daß unsere Verantwortungsgebiete im Osten liegen, und daß wir, entgegen unserer bisherigen Denkweise und Sympathie, sehr viel mehr für Polen, die Tschechoslowakei, für Rußland verantwortlich sind. Hier liegen unsere eigentlichen Zukunftsaufgaben, nicht im Golf-Krieg.

Noch einmal zur intellektuellen Auseinandersetzung: Es gibt den Vorwurf, daß die deutsche Linke - etwas verallgemeinert - ihr Verhältnis zum Antisemitismus nicht geklärt habe.

Wir haben in der Bundesrepublik jahrelang eine sehr interessante und weiterführende Diskussion zum Antisemitismus gehabt, und zwar nicht erst seit dem Historikerstreit. Ich kann den Vorwurf nicht akzeptieren, daß es bei der Linken Versäumnisse in Sachen

Vergangenheitsbewältigung gebe. Ich kenne auch keine vergleichbare Diskussion, in Frankreich oder in England - oder in Amerika. Wenn man auf die historische Verantwortlichkeit abstellt, dann sind wir genauso für die anderen Opfer verantwortlich, etwa die Polen und die Russen - nach neuesten Zahlen sollen 27 Millionen sowjetische Opfer zu beklagen sein. Das verpflichtet uns zweifellos zu Verantwortung und Solidarität. Seltsamerweise hat sich während des Kalten Krieges bei uns keine moralische Regung gezeigt. Stattdessen ging es um die Rüstung gegen den Osten. Daß dort die meisten Opfer des Zweiten Weltkriegs begraben sind, wollte mit Ausnahme der Linken keiner wissen. Insofern glaube ich, daß man nicht den deutschen Linksintellektuellen Vorwürfe machen muß, sondern den Rechtsintellektuellen, die das die ganze Zeit negiert haben. Hier schließt sich der Kreis. Man hat die Kritik an der Aufrüstung gegen den Osten negiert, so wie man später die Aufdeckung der Waffenexporte negiert hat.

Auffällig bleibt, daß die Unke lange gebraucht hat, um auf diesen Krieg zu reagieren. Hat das anfängliche Schweigen auch damit zu tun, daß nach dem Ende des Sozialismus so etwas wie gemeinsame Ideale, gemeinsame politische Vorstellungen aufgebraucht waren?

Man muß zunächst einmal den Vorwurf an die Linke von dem an die Schriftsteller unterscheiden. Beiden wird vorgeworfen, daß sie längere Zeit zum Golf-Krieg geschwiegen hätten. Schriftsteller können nicht verpflichtet werden, auf derartige Geschehnisse unmittelbar oder überhaupt zu reagieren. Viele von ihnen sind dazu gar nicht in der Lage, und das ist nicht zu kritisieren. Daß viele Linke kurze Zeit geschwiegen haben, mag ein Indiz für einen schwierigen Zustand sein: Der Zusammenbruch des Sozialismus hat die Linke so unvorbereitet getroffen, daß sich die Entwicklung in Osteuropa den Kategorien, mit denen man gesellschaftliche Zustände definiert hat, entzieht. Und die Verwirrung darüber, daß dabei etwas kaputtgegangen ist, das man sich noch nicht wieder neu hat denken können, hat die Mobilisierung womöglich erschwert.

Der Zusammenbruch des Sozialismus und die Wiedervereinigung Deutschlands haben nicht nur bei Intellektuellen Verunsicherung hervorgerufen. Ist es diese Gemengelage, die es schwer macht, die Rolle Deutschlands in einer zukünftigen Weltordnung zu bestimmen und auf den Golf-Krieg zu reagieren?

Es kommt noch etwas weiteres hinzu: Die Rechte ist ungebrochen stark und machtorientiert, während es auf der Linken schon als unmoralisch gilt, überhaupt auf Macht zu zielen. Wir müßten die Zivilcourage haben, die roten Fäden, die wir in den letzten Jahren verloren haben, wieder aufzunehmen. Kurz nach dem Krieg haben die Anhänger der Gruppe 47, vor allem aber Hans-Werner Richter, Alfred Anderssen und Erich Kuby, den Begriff des „Dritten Weges“ geprägt. In der antistalinistischen Opposition in der DDR haben wir später versucht, die Diskussion darüber wiederaufzunehmen. Ich selbst war lange ein Anhänger des „Dritten Weges“, und heute würde es sich lohnen, noch einmal neu über ihn nachzudenken. Die linken Kräfte in den Gewerkschaften und Parteien, auch innerhalb der CDU, aber auch die Bürger- und Protestbewegung, die Grünen, die vielen aufrechten Bürger in den Friedensgruppen und die leider kaputtgemachte Protestbewegung in der DDR müßten sich als eine Bewegung des „Dritten Weges“ definieren. Dieser „Dritte Weg“ müßte bereit sein, sich nicht nur von Amerika, sondern auch von den kolonialen Zeiten abzusetzen, selbst wenn man uns dann nachsagen würde, wir wollten wieder einen deutschen Sonderweg gehen.

Wie läßt sich dieser „Dritte Weg“ politisch organisieren? Wäre das mehr eine Aufgabe der Intellektuellen und der außerparlamentarischen Bewegungen oder lassen sich dabei auch Rollen für Parteien und Gewerkschaften ableiten?

Für die Gewerkschaften auf alle Fälle, unter den Politikern würde ich auch nicht alle aufgeben.

Ich weiß aber nicht, ob die Intellektuellen wieder zu der Pionierfunktion finden können, die sie in den ersten Nachkriegsjahren gehabt haben. Das hat vor allem etwas damit zu tun, daß sich die Intellektuellen selbst sozial verändert haben. Nach dem Krieg waren wir im Kern alle freischwebende Schriftsteller und Publizisten. Aus dieser Position heraus haben wir zum Beispiel in die Gewerkschaften hinein gewirkt. Wir haben zu den Parteien, mindestens zur SPD, starke Bündnisverhältnisse gehabt. Heute sind die meisten Intellektuellen dagegen nicht mehr freischaffend, sondern sie sind Angestellte. Das zeigt sich etwa im Versagen der Fernsehintellektuellen, die aufgrund ihres Beamtenstatus dazu neigen, die Sklavensprache, die ihnen verordnet wird, tatsächlich zu sprechen. Die freien Schriftsteller dagegen spielen in diesem Lande kaum noch eine Rolle.

Aber sind nicht die wenigen, denen überhaupt noch zugehört wird, eher freie und unabhängige Geister, die offenbar doch mehr Renommee haben als ein beamteter Journalist?

Renommee vielleicht - aber Wirkung kaum. Die Sprache wird durch das Dauergedre

der elektronischen Medien geprägt. Sie übernehmen die Herrschaftssprache und sprechen die Sklavensprache des Kriegs. Und was die letzten überlebenden freien Schriftsteller betrifft: Wenn gleich zwei von ihnen - Biermann und Enzensberger - zur Kriegspartei übergelaufen sind, dann erwarte ich mir für eine zukünftige Friedenspolitik von den wenigen übrigbleibenden umso weniger.

Sie verbreiten, was Ihre Einflußmöglichkeiten angeht, ein relativ pessimistisches Bild. Hat aber nicht die fehlende Kriegsbegeisterung in Deutschland und die große Bereitschaft vieler, gegen diesen Krieg auf die Straße zu gehen, auch etwas mit der intellektuellen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu tun?

Ich glaube nicht, daß dies viel mit unserem derzeitigen Einfluß zu tun hat. Aber es gibt eine Mentalitätsveränderung des Durchschnittsdeutschen und daran sind unser jahrzehntelanges Friedenstrommeln, unser Nachdenken über die Fehler der Vergangenheit, nicht ganz unbeteiligt. Wir sind eine Friedensgesellschaft geworden und darauf beruht meine Hoffnung.